

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten DI Deimek, Venier
und weiterer Abgeordneter

betreffend Infrastrukturgesamtstrategie für Österreich

eingbracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1405 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2012 (Bundesfinanzgesetz 2012 – BFG 2012) samt Anlagen (1510 d.B.), UG 41 (Verkehr, Innovation und Technologie) in der 132. Sitzung des Nationalrates am 18. November 2011

Die Zukunft Österreichs insbesondere als Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort hängt an einer leistungsfähigen Infrastruktur; diese wird immer mehr zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor. Nur mit einer funktionierenden Infrastruktur und dies umfasst Verkehr (Schiene, Straße, Luftfahrt, Schifffahrt), Post, IKT, Energie und Forschung kann Österreich zukünftig als Wirtschaftsstandort erfolgreich sein. Investitionen in die österreichische Infrastruktur sind als Impulsmaßnahme für die Wirtschaft und Arbeitsplätze zu sehen. Eine hochentwickelte Infrastruktur, die alle relevanten Bereiche umschließt, ist für die Zukunft des Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandortes Österreich unverzichtbar.

Anders als in der Schweiz gibt es in Österreich aber bislang noch keinen umfassenden Infrastrukturgesamtplan.

Laut dem aktuellen Infrastrukturreport 2012 bedeutet ein *Stillstand bei dem Ausbau der Infrastruktur auch einen Rückschritt bei Wachstum und Wettbewerb. Der Handlungsbedarf ist akut: Österreich ist im „Global Competitiveness Index“ zuletzt von Platz 18 auf 19 – und damit binnen 3 Jahre um 5 Ränge - zurückgefallen. Aufgrund unzureichend ausgebauter Infrastruktur liegt in Österreich ein Produktivitätspotential in Höhe von 28,4 Milliarden Euro brach.*

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie wird aufgefordert, umgehend eine umfassende österreichische Infrastrukturgesamtstrategie mit einem Planungshorizont 2030 erarbeiten zu lassen.“

www.parlament.gv.at